Nr. 25 XXVI. Jahrgang

Sonnabend, 26. Januar 1918

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 8 97, Expedition Nr. 13 6 38, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 40 Pf., für auswärts 40 Pf. Tabellen- oder Rantsatz mit 50 Proz. Preisaufschlag. Die zweispaltige Reklamezeile 1,50 Mk., mit Platzvorschrift 2 Mk. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Rabatt nach Tarif. Stellengesuche 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 Prozent Teuerungszuschlag bezahlt. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und Rabatten an.

Bezugspreis:
Im Dresdner Bestellbezirk monatlich 1,20 Mk., vierteljährlich 3,60 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 1,30 Mk., vierteljährlich 3,90 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Novelle" 25 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illust. Novelle" monatl. 1,30 Mk., vierteljährl. 3,90 Mk.
„ B mit „Illust. Novelle" „ 1,45 „ „ 4,35 „
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illust. Novelle" monatl. 2,15 Kr., vierteljährl. 6,45 Kr.
„ B mit „Illust. Novelle" „ 2,32 „ „ 6,96 „
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. 1,10 Mk. Einz.-Numm. 10 Pf.

# Hertlings und Czernins Reden und ihre Aufnahme

## Der amerikanische Senat wartet die Antworten der Mittelmächte ab — Rumänien lehnt das Ultimatum der Petersburger Regierung ab — Wieder sechs Dampfer und ein Wachfahrzeug versenkt

### Die Antwort an die Feinde

Der deutsche Reichskanzler Graf Hertling und der österreichische Minister des Auswärtigen Graf Czernin haben gestern gleichzeitig vor den Ausschüssen der Volksvertretungen eingehende Erklärungen abgegeben, die einen bemerkenswerten Schritt vorwärts auf dem Wege führen, an dessen Ende der allgemeine Friede steht. Denn man braucht keinem unberechtigten Optimismus zu huldigen, wenn man die Friedenstöne in diesen Kundgebungen stärker als bisher erklingen zu hören glaubt. Beide Reden sind vom Geiste der Sachlichkeit und, was wir ebenso hoch anschlagen, der Versöhnlichkeit getragen. Kein Wort, das den Gegner kränken oder verletzen könnte. Das Bestreben, mit den Feinden zu einer Verständigung zu kommen und das Ende des blutigen Ringens zu ermöglichen, diktierte die Form, in der die beiden Staatsmänner der Mittelmächte auf die sämtlichen Kundgebungen der Führer der Entente antworteten. Eine feste ruhige Klarheit, die weder die noch immer vorhandenen großen Schwierigkeiten der Lage verkennt, noch sie für zu groß hält, als daß ein Ausgleich möglich wäre, zeichnet die beiden gestrigen Kundgebungen aus, die in jedem Sinne als Antworten auf Lloyd Georges und Wilsons Botschaften anzusehen sind, und die deshalb in der Vorgeschichte des Friedensschlusses als Marksteine gelten dürfen.

Der besondere Charakter der Botschaft Wilsons, die sich im Gegensatz zu den allgemeinen Erklärungen Lloyd Georges mit greifbaren Einzelheiten der Friedensfragen beschäftigte, brachte es mit sich, daß Graf Hertling in seiner Rede fast ausschließlich auf den sachlichen Inhalt des Wilsonschen Programms einging, eine Methode, die durchaus als ein nüchterner Fortschritt bezeichnet werden muß. Ueber die allgemeinen Grundsätze des künftigen Verhältnisses der Völker ist im Laufe der letzten Jahre in Ministerreden genug gesagt worden, ohne daß man dem Ziele, der Verständigung zwischen den kriegführenden Staaten, auch nur um einen merkbaren Schritt nähergekommen wäre. Wollte man auf dem bisher beschrittenen Wege fortfahren, so würden sich in dem Redekampf der Staatsmänner bald ähnliche Erscheinungen zeigen, wie sie in Brest-Litowsk Herr Trotzkij mit seinen grundsätzlichen Debatten über die künftige Weltordnung herbeiführte, ohne auch das geringste praktische Ergebnis damit zu zeitigen. Graf Hertling hat sich mit den vierzehn Punkten des Wilson-Programms so eingehend beschäftigt, daß es genügt, sie an dieser Stelle noch einmal kurz zusammenzufassen, die Einigungsmöglichkeiten festzustellen und die Dinge, die einer Verständigung noch Schwierigkeiten bieten, hervorzuheben.

Der möglichst weitgehenden Abschaffung der Geheimdiplomatie, der Forderung nach Freiheit der Meere, die vor allem von England angefochten werden müßte, der Verwerfung des Wirtschaftskriegs und der Beschränkung der Rüstungen haben Deutschland und seine Verbündeten längst zugestimmt. Die Regelung der Kolonialfragen in ein Punkt, dem Deutschland ganz besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Staatssekretär Dr. Solf hat noch vor kurzem die völlige Neuregelung des Kolonialbesitzes als eine unbedingt zu lösende Aufgabe der Zukunft bezeichnet. Solange England darauf besteht, die eroberten deutschen Kolonien nach dem Friedensschluß zu behalten, werden wir nicht darauf verzichten können, uns durch die Faustpfänder, die wir in Händen haben, zu entschädigen. In diesem Punkte bildet also England vorläufig das Friedenshindernis. Was die strittigen Fragen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien, ferner die Gebietsfragen auf dem Balkan und die türkischen Interessen anbelangt, so billigen wir durchaus den Standpunkt des Kanzlers, der die Regelung dieser Punkte zunächst den beteiligten Völkern selbst überlassen will, wobei wir freilich betonen möchten, daß unsre Bundesgenossen uns zum Schutz und zur Verteidigung ihrer Forderungen und Interessen immer an ihrer Seite finden werden. Der Vierbund bildet, wie in den Fragen der Kriegführung, so auch in allem, was die Sicherung seiner Existenz und seiner Entwicklungsmöglichkeiten angeht, eine geschlossene Front. Treue um Treue: das ist der Kernpunkt des Verhältnisses zwischen den Völkern des Vierbundes wie ihrer leitenden Staatsmänner. Das hat Graf Hertling nachdrücklich betont, und auch Graf Czernin hat keinen Zweifel daran gelassen, daß er mit dem deutschen Kanzler auf einer Linie marschiert. Die Auseinandersetzung über die künftige Gestaltung der Dinge im Osten schaltet Graf Hertling mit Recht aus der Besprechung über einen allgemeinen Frieden aus, weil die Verhandlungen in Brest-Litowsk sich bereits in praktischer Weise mit der Lösung dieser Fragen beschäftigen.

Der Angelpunkt des Kanzlerrede ist die nachdrückliche Betonung unsres Verteidigungskrieges. An dieser Auffassung, die erfreulicherweise auch in der neuesten Regierungskundgebung noch einmal in voller Klarheit ausgesprochen worden ist, hat die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes von allem Anfang an festgehalten. Ohne die Integrität des Deutschen Reichs, ohne die Sicherung seiner Lebensinteressen und die Wahrung der Würde unsres Vaterlandes ist für uns kein Friede, ist überhaupt kein Friede möglich, der die Gewähr der Dauer in sich tragen soll. An diesem Punkte offenbaren sich auch die Gegensätze, die eine Annäherung der kriegführenden Parteien bisher verhindert haben. Das Wort des Freiherrn v. Kühlmann, daß Elsaß-Lothringen das einzige Friedenshindernis bleibe, besteht auch heute noch unvermindert zu Recht. Frankreich hat vorläufig nicht die geringste Neigung gezeigt, seinen durch nichts, weder durch die Geschichte, noch durch die Bevölkerungsverhältnisse im Reichsland, berechtigten Anspruch auf diese Provinzen aufzugeben. Und seine Verbündeten haben es in diesem Verhalten unterstützt. Um dieses urdeutsche Elsaß-Lothringen, von dessen Boden Frankreich nur einen verschwindend kleinen Teil besetzt hat, ist das Blut von Millionen vergossen worden und sollen weitere Ströme kostbaren Menschenblutes fließen, vergeblich... Bei dieser Frage müßte die neue Prüfung der Ententekriegsziele beginnen, wenn ein Ausgang aus diesen tragischen Wirren gefunden werden soll. Denn nur — man kann das nicht oft und laut genug betonen — um der Eroberung kerndeutschen Landes willen geht der blutige Krieg weiter. Daneben ist die belgische Frage für den Abschluß des Friedens nur von untergeordneter Bedeutung. Deutschland hat nicht die Absicht, die besetzten Gebiete im Westen, weder Belgien noch Nordfrankreich, sich gewaltsam anzugliedern. An diesen Dingen wird, wie das Herr v. Kühlmann, von dessen heutigen Erklärungen im Hauptausschuß des Reichstags man wohl noch wertvolle Ergänzungen zu der Kanzlerrede erwarten darf, bereits vor Monaten ausgesprochen hat, die Friedensfrage nicht scheitern.

Also immerhin, ein Stück Weges sind wir weitergekommen. An der Entente ist es nun, sich an den Reden der deutschen Staatsmänner zu kühlen. An Gelegenheit dazu kann es ihnen nicht mangeln. Aus Hertlings Schlußworten geht hervor, daß er neue Vorschläge vom ihnen erwartet, Vorschläge, die den deutschen Lebensnotwendigkeiten gerechter werden, als das in den bisherigen Reden Lloyd Georges und Wilsons geschehen ist, und Graf Czernin ist noch einen wesentlichen Schritt weitergegangen, indem er einen direkten Gedankenaustausch zwischen Amerika und Oesterreich-Ungarn anregte, um einen Ausgangspunkt für Verhandlungen zu gewinnen. Bei der Gemeinsamkeit der Interessen des Vierbundes kann wohl als sicher angenommen werden, daß Graf Czernin diesen Vorschlag erst nach Rücksprache mit den übrigen Vierbundmächten gemacht hat. Daß diese leidenschaftslose und sachliche Antwort auf das Friedensangebot Wilsons nicht der Schwäche entsprungen ist, dafür bietet die militärische Lage, die Graf Hertling mit Recht als überaus günstig bezeichnen konnte, den unwiderleglichen Beweis. Will die Entente in diesem Sinne mit einem starken, friedensbereiten Vierbund verhandeln, so steht die Tür zum Frieden offen. Der Zeitpunkt zum Handeln ist gekommen, die Möglichkeit zu einer weiterblickenden Tat gegeben. Gehen die Feinde darauf nicht ein, so liefern sie den Beweis für ihre bösen Absichten und alle kommende Blutschuld.

C. P.

### Erwartung in Washington

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

g. Genf, 25. Januar

Der „Herald" meldet aus New-York vom 24.: In Erwartung einer Stellungnahme der Staatsmänner der Mittelmächte zu den Wilsonschen Friedensvorschlägen vertagte der Senat am Montag die Weiterberatung der Botschaft des Präsidenten auf den 28. Januar.

### Neue U-Boots-Erfolge

× Berlin, 24. Januar. (Amtlich)

**Sechs Dampfer und ein Wachfahrzeug wurden letzthin von unsern Unterseebooten versenkt. Vier Dampfer wurden dicht unter der englischen Ostküste, wo die Bewachung besonders stark ist, abgeschossen, einer von ihnen aus einem durch viele Zerstörer und Flichdampfer geschützten Geleitzuge.**

**Der Chef des Admiralstabes der Marine.**

•

× Berlin, 24. Januar

Wieder sechs Schiffe. An der Hand der neuesten Berichte über die Lebensmittelkrisis in England verstärkt sich der Eindruck: Unsre Unterseeboote schaffen es. Die Not in England ist stark. Kein Zweifel mehr. Die 3800 Schiffe von über 1000 Bruttoregistertonnen, über die England vor einem Jahre verfügte, deren eine Hälfte für militärische Zwecke beschlagnahmt ist und deren andre Hälfte der Hauptlast der Ernährung des Inselreiches oblegt, sind durch die rastlose Tätigkeit unsrer Unterseeboote derart zusammengeschmolzen, daß sie das englische Volk vor Not nicht mehr schützen können. „Die Speisekammer der Verbandsgenossen ist verzweifelt leer." Dieses Eingeständnis findet sich den „Daily News" vom 1. Januar zufolge in einem Neujahrsglückwunsch des englischen Ernährungsministers Rhondda an seinen amerikanischen Kollegen Hoover. Rhondda vertraut noch auf die Hilfe Amerikas. Wir vertrauen auf unsre Unterseeboote.

### Erkundungsgefechte an verschiedenen Stellen

× Großes Hauptquartier, 25. Januar. (Amtlich.)

**Westlicher Kriegsschauplatz.**

**Zwischen Poelcapelle und der Lys, bei Lens und beiderseits der Scarpe lebte die Gefechtstätigkeit am Nachmittag auf. An verschiedenen Stellen fanden Erkundungsgefechte.**

**Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.**

**Der Erste Generalquartiermeister.**
**Ludendorff.**

### Heftige Kämpfe in Petersburg?

Während in der letzten Zeit immer wiederholt wurde, daß die Herrschaft der Maximalisten gesichert sei, lassen Entstellungen durchblicken, daß sich das Haupt der Gegenrevolution mächtiger als bisher erhebe:

* Basel, 25. Januar. „Daily Telegraph" berichtet, daß erstern in den Kandinavischen Ländern Berichte eintreffen, wonach sich in Petersburg schwere Ereignisse zutragen sollen. Der Korrespondent der „Dziln News" bespricht ein Manifest des Wohlfahrtsausschusses von Petersburg, in dem erklärt wird, daß die Gegenrevolutionäre sich geeinigt haben, um die Bolschewikiregierung zu stürzen, und daß Kerenski in Petersburg eingetroffen ist, um sich an die Spitze einer neuen Regierung zu stellen. Die maximalistische Regierung soll über 2000 Matrosen von Helsingfors und Kronstadt nach Petersburg berufen haben. In den Straßen der Hauptstadt sollen heftige Kämpfe geliefert werden. Nach dem Petersburger Korrespondenten eines finnischen Blattes sollen weder die Bolschewiki noch die Sozialrevolutionäre Herren der Lage sein. — Der „Corriere della Sera" meldet aus Petersburg, daß eine Gruppe von Arbeitern die Entfernung Lenins aus dem Petersburger Arbeiterrate verlangt.

Was an diesen Meldungen wahr ist, läßt sich nicht sagen. Zu beachten bleibt, daß die Ententeblätter stets die Lage zugunsten der Maximalisten färben. Nach andern Meldungen sind die Maximalisten bestrebt die Ordnung in Petersburg, die nach der Auflösung der Nationalversammlung gestört wurde, wieder herzustellen. Sie gehen dazu auch weiter mit Gewalt vor. So sind im ganzen 87 Abgeordnete der aufgelösten Versammlung verhaftet. Anderseits verfolgen sie die Mörder Tschingarews und Kokoschkins, deren Festnahme bevorstehen soll; ein Teilnehmer an dem Verbrechen ist bereits in Haft. Von Wichtigkeit ist die Meldung der „Pravda", daß Trotzkij am 27. Januar nach Brest-Litowsk zurückkehren werde.

•

### Rumänien gegen die Maximalisten

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

g. Basel, 25. Januar

**Reuter meldet aus Jassy vom 22. Januar: Die rumänische Regierung hat das Ultimatum der Petersburger Regierung abgelehnt. In Jassy wurden neue Militär- und Zivilgouverneure eingesetzt. Bratianu ist mit der Stellvertretung des aus Jassy abgereisten Königs beauftragt.**

### Die irische Sorge

* Kopenhagen, 25. Januar

Die „Times" melden von großer Besorgnis Washingtoner Kreise wegen der irischen Frage, die die Amerikaner nicht allein als englisch-irische Frage, sondern als eine Angelegenheit von Bedeutung für die ganze Welt betrachten. Es würde Amerikas Teilnahme am Kriege außerordentlich hemmen, wenn der irische Konvent aufgelöst werden müßte oder die englische Regierung nicht sofort imstande wäre, die Frage im Sinne von Lloyd Georges und Wilsons Reden über die Selbständigkeit andrer abhängiger Nationen zu lösen. Erreicht Irland eine befriedigende Lösung, so kann es auf die feste Unterstützung der Vereinigten Staaten rechnen. Eine dem Kongreß zugegangene Vorlage fordert die Bewilligung von 100 Millionen Dollar aus der Schatzkammer der Vereinigten Staaten für Irland.

Nach andern Meldungen sollen sich in Dublin „sensationelle Meutereien" ereignet haben und Irland soll sich nicht mehr mit der Autonomie unter britischer Souveränität begnügen wollen. Alle Kompromißvorschläge seien gescheitert.

### Kanzler und Reichstag

× Berlin, 24. Januar

In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages führte Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling aus:

„Meine Herren! Als ich zum letzten Male die Ehre hatte, vor Ihrem Ausschuß zu sprechen — es war am 4. Januar — standen wir, so sehen es, vor einem in Brest-Litowsk eintretenen Zwischenfall. Ich habe damals die Meinung ausgesprochen, daß wir die Erledigung dieses Zwischenfalls in aller Ruhe abwarten sollten. Die Tatsachen haben dem recht gegeben. Die russische Delegation ist wieder in Brest-Litowsk eingetroffen. Die Verhandlungen sind wieder aufgenommen und fortgesetzt worden. Sie gehen langsam weiter und sind außerordentlich schwierig. Auf die näheren Umstände, die diese Schwierigkeiten bedingen, habe ich schon das vorige Mal hingewiesen. Manchmal konnte in der Tat der Zweifel entstehen, ob es der russischen Delegation ernst sei mit den Friedensverhandlungen, und allerhand Kundsprüche, die durch die Welt gehen, mit höchst seltsamem Inhalt, könnten diesen Zweifel bestärken. Trotzdem halte ich an der Hoffnung fest, daß wir auch mit der russischen Delegation in Brest-Litowsk demnächst zu einem guten Abschluß gelangen werden.

Günstiger stehen unsre Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine. Auch hier sind noch Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Aussichten sind günstig. Wir hoffen, demnächst mit der Ukraine zu Abschlüssen zu kommen, die im beiderseitigem Interesse gelegen und auch der wirtschaftlichen Seite vorteilhaft sein würden.

Ein Ergebnis, meine Herren, war bereits am 1. Januar abends um 10 Uhr zu verzeichnen. Wie Ihnen allen bekannt ist, hatten die russischen Delegierten zu Ende Dezember den Vorschlag gemacht, eine Einladung an sämtliche Kriegsteilnehmer ergehen zu lassen, sie sollten sich an den Verhandlungen beteiligen, und als Grundlage hatten die russischen Delegierten gewisse Vorschläge sehr allgemein gehaltener Art unterbreitet. Wir haben uns damals auf den Vorschlag, die Kriegsteilnehmer an den Verhandlungen einzuladen, eingelassen unter der Bedingung jedoch, daß diese Einladung an eine ganz bestimmte Frist gebunden sei. Am 4. Januar des Abends um 10 Uhr war diese Frist verstrichen, eine Antwort war nicht erfolgt. Das Ergebnis ist, daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind, daß wir die Bahn frei haben für Sonderverhandlungen mit Rußland und daß wir auch selbstverständlich an jene von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind. Anstatt der damals erwarteten Antwort, die ausgeblieben ist, sind inzwischen, wie die Herren alle wissen,

**zwei Kundgebungen feindlicher Staatsmänner**

erfolgt, die Rede des englischen Ministers Lloyd George vom 5. Januar und die Botschaft des Präsidenten Wilson vom Tage danach. Ich erkenne gern an, daß Lloyd George seinen Ton geändert hat. Er schimpft nicht mehr und scheint dadurch seine früher von mir angezweifelte Verhandlungsfähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. (Heiterkeit.) Immerhin aber kann ich nicht so weit gehen wie manche Stimmen aus dem neutralen Ausland, die aus dieser Rede Lloyd Georges einen ernstlichen Friedenswillen, ja sogar eine freundliche Gesinnung herauslesen wollen. Es ist wahr, er erklärt, er wolle Deutschland nicht vernichten, habe es nie vernichten wollen. Er gewinnt sogar Worte der Achtung für unsre politische, wirtschaftliche, kulturelle Stellung. Aber dazwischen fehlt es doch auch nicht an andern Aeußerungen; dazwischen drängt sich doch immer wieder die Auffassung durch, daß er über das schuldige aller möglichen Verbrechen schuldige Deutschland Recht zu sprechen habe — eine Gesinnung, meine Herren, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir vom ernsten Friedenswillen noch nichts verspüren können. Wir sollen die Schuldigen sein über die nun die Entente zu Gericht sitzt. Das nötigt mich,

**einen kurzen Rückblick**

auf die dem Kriege vorangegangenen Verhältnisse und Vorgänge zu werfen, auf die Gefahr hin, längst Bekanntes noch einmal zu wiederholen. Die Aufrichtung des Deutschen Reichs im Jahre 1871 hatte der alten Zerrissenheit ein Ende gemacht, durch den Zusammenschluß seiner Stämme hatte das Deutsche Reich in Europa diejenige Stellung erworben, die seinen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen und den darauf begründeten Ansprüchen entsprach. (Bravo!) Fürst Bismarck krönte sein Werk durch das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn. Es war ein reines Defensivbündnis, von den hohen Verbündeten vom ersten Tage an so gedacht und so gewollt. Im Laufe der Jahrzehnte ist niemals auch nur der leiseste Gedanke an einen Mißbrauch zu aggressiven Zwecken aufgetaucht. Insbesondere zur Erhaltung des Friedens sollte das Defensivbündnis zwischen Deutschland und der engverbündeten, in alter Tradition durch gemeinsame Interessen mit uns verbundenen Donaumonarchie dienen. Aber schon Fürst Bismarck hatte, wie ihm oftmals vorgeworfen wurde, den Alpdruck der Koalitionen, und die Ereignisse der folgenden Zeit haben gezeigt, daß das kein bloßes schreckhaftes Traumbild war. Mehr-